



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

Hängt die EU ihren Kritikern einen Maulkorb um?

„Die Staaten der Europäischen Union versuchen derzeit, eine gemeinsame Linie im Kampf gegen Rassismus zu finden. Auf ein so strenges Verbotsgesetz, wie es hierzulande gilt, wird man sich in der EU nicht verständigen können“ kündigte der ORF am 10. März 2007 die Pläne der österreichischen Justizministerin Berger an.

Aber „ein Rahmenbeschluß soll vorgeben, was in allen Staaten der Union verboten sein soll - die Billigung, Leugnung oder Verharmlosung von Völkermorden... Eine einheitliche Strafbarkeit würde es einfacher machen, dem Treiben von Nazi-Publizisten Einhalt zu gebieten.“

Die Justizministerin Maria Berger hat in Linz bei der Generalversammlung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem auch eine Verschärfung im Bereich des heimischen Strafrechtes angekündigt. Sie will den **Begriff der Verhetzung so ausweiten, daß er in der Praxis auch auf die rechtsradikale Agitation anwendbar wird. Das sei bisher auf Grund der antiquierten Formulierung im Strafgesetzbuch kaum möglich gewesen.** (www.orf.at vom 10.03.2007).

Der neuen seit Jänner 2007 im Amt befindlichen sozialdemokratischen Justizministerin war es von Anfang an ein Anliegen das sogenannte „Verbotsgesetz“ „anwendungs-freundlicher“ zuzuspitzen. So erklärte sie nach Amtsantritt zum Verbotsgesetz: „**Ich sehe keinen Anlaß hier nachzulassen. Hier ist zu erwarten, daß auch auf europäischer Ebene die Einführung eines solchen Strafbestandes kommen wird.**“

Hoffte die Ministerin damals noch auf die deutsche Ratspräsidentschaft, so hat sie sich nicht getäuscht: Am 19. April 2007 (!) einigten sich die Justizminister der EU-Staaten in Luxemburg auf die Strafbarkeit des Holocaust in der gesamten EU, aber auch zu einer Verschärfung des Verhetzungsparagraphen. **Dazu warfen die skandinavischen Länder und Großbritannien ihre jahrhundert-lange Rechtstradition in Bezug auf**

Meinungsfreiheit über Bord. Nur Slowenien und Litauen hatten Einwände angemeldet. Litauen verlangte bis zu jetzt, daß im Gegenzug zur Bestrafung der Holocaust-Leugnung auch die Leugnung der stalinistischen Verbrechen unter Strafe gestellt werde, was natürlich scheiterte.

Ministerin Berger zeigte sich „**sehr erleichtert**“. Die neuen EU-Mindestnormen würden jetzt ermöglichen, etliche Holocaust-Leugner künftig europaweit zu verfolgen. Gert Honsik, nach Spanien geflohen, müßte künftig ausgeliefert werden. **Eine Auslieferung scheiterte bisher, da Holocaust-Leugnung in Spanien nicht strafbar ist.**

Auch der Verhetzungsparagraph in Österreich werde, kündigte Berger an, verschärft. **Bisher kann Verhetzung nur verfolgt werden, wenn Gefahr für die öffentliche Ordnung besteht. In Zukunft soll auch vorgegangen werden, wenn Gefahr für eine einzelne Person oder für Gruppen besteht.**

Wenn man sich allerdings vor Augen hält, daß in Österreich laufend öffentliche Veranstaltungen mit schwammigen Verweisen auf eine nicht näher umschriebene „**öffentliche Sicherheit**“, welche angeblich gefährdet sein könnte, verboten werden, dann fragt man sich berechtigter Weise, was mit einer **Verschärfung der Gesinnungs-paragraphen bezweckt werden soll?** Der Fahrplan geht wohl in die vorgezeichnete Richtung: Verbot sämtlicher kritischer Bürgerbewegungen, Durchsetzung der roten Forderung auf Verbot der nationalfreihheitlichen Burschenschaften. Und schließlich Verbotversuche gegen die FPÖ??

Dieser, auch von der EU-Kommission verfolgte Plan auf EU-Ebene, stößt jedoch vielerorts auf Ablehnung. Europaweit soll per Gesetz nach Kritikern gefahndet werden, was aber den Verantwortlichen auch den Protest einiger Intellektueller aus

ihren eigenen Reihen einbringt. Man denke nur an den Aufruf französischer Historiker in der Pariser Zeitschrift „*Libération*“, in dem es heißt: **...In einem freien Staat steht es weder dem Parlament noch der Justiz zu, die historische Wahrheit festzulegen... Wir verlangen die Abschaffung dieser gesetzlichen Bestimmung, die eines demokratischen Regimes unwürdig ist.** Oder die Stellungnahme der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), die sich am 11. März gegen das Vorschreiben von Meinungen zu historischen Abläufen ausspricht: **„Nachfragen muß aber jeder dürfen. Nichts darf per Gesetz außer Streit gestellt werden.“** Und „**Äußerungen über geschichtliche Vorgänge sind keine Fälle für das Strafrecht, es sei denn, man will bestimmte Themen tabuisieren oder eine Denkart vorschreiben. Beides steht aber im Widerspruch zur freiheitlichen Demokratie.**“

Eine Stütze des Systems

Da stand doch am 13. April 2007 der einstige Wirtschaftsreferent der Hochschülerschaft einer Wiener Universität, seinen Namen sollt ihr nie erfahren, vor dem Richter. Über 20 Jahre hindurch, eine beachtliche Studiendauer, hatte er die Finanzen der Studenten verwaltet und wurde für seine Tätigkeit bezahlt. Unter anderem verwaltete er auch ein Konto mit der Summe von läppischen 50.000 Euro, welches er bis auf einen Rest von 600 Euro leerte, weil seine Entschädigung offensichtlich seinen aufwendigen Lebensstil von „*Gut Essen und Trinken*“ nicht deckte. Er wurde zu 15 Monaten, bedingt auf 3 Jahre verurteilt und ging als freier Mann nach Hause.

Der frühere Bundesrat Gudenus wurde für eine nicht genehme Meinung zu 1 Jahr verurteilt. David Irving wurde zu 3 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt, von denen er 1 Jahr absaß...

Der iranische Präsident an das Volk der Deutschen in Österreich und der BRD

Auszüge einer Rede vom 24.04.2006 des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad

(im englischen Originalton unter http://www.youtube.com/watch?v=7xwr8rt_toM zu hören)

„Erlauben Sie mir, einige Worte an das in Deutschland und Österreich lebende Volk zu richten. Betrachten Sie die Atmosphäre in der Welt heute. Betrachten Sie, wie jene, die vorgeben, die Menschenrechte und die Demokratie zu fördern, in Wirklichkeit die Welt regieren möchten!

Vor 60 Jahren hat ein Krieg stattgefunden, in dem auf beiden Seiten 60 Millionen Menschen umgekommen sind. Hätten wir zu dieser Zeit die Macht dazu gehabt, hätten wir diese Schlächterei verhindert. Jedenfalls, so weit es in unserer Macht gestanden hätte, hätten wir versucht, dieses Abschlachten zu verhindern. 60 Jahre sind seit jenem Krieg vergangen, und die Menschen in Palästina bezahlen noch immer einen hohen Preis für einen Krieg, an dem sie nicht beteiligt waren. Die heutige Generation in Deutschland bezahlt noch immer Wiedergutmachung für einen Krieg, an dem sie nicht teilgenommen hat.

Ich stelle nun die folgende Frage:

Treffen wir selbst die Annahme, daß vor 60 Jahren ein bestimmtes Regime einen Krieg begonnen und bestimmte Verbrechen begangen hätte. Drei Generationen später, welche Schuld trifft die gegenwärtige Generation in Deutschland, daß sie derart erniedrigt werden dürfte? Warum kann sie keine eigenständige Rolle in den internationalen Beziehungen spielen?

Die Menschen dort werden pausenlos gemahnt, ihre Eltern seien Verbrecher gewesen. Denkmäler werden errichtet. Alle Länder bauen Denkmäler für Dinge, auf die sie stolz sind; und wenn Touristen das Land besuchen, zeigen sie ihnen diese Denkmäler. Aber dort werden Denkmäler gebaut, wo jeder Deutsche, der daran vorbeigeht, ständig daran gemahnt wird: „Sieh her, Du bist ein Kind von Verbrechern und Du mußt auf Dauer erniedrigt werden!“

Auf dem Gebiet der Kultur, in den Wissenschaften und in den internationalen Beziehungen sollte Deutschland eigentlich eine herausragende Stellung haben. Aber 60 Jahre danach werden sie immer noch von jener Handvoll von Menschen in Geiselnhaft gehalten, die damals selbst die Ereignisse der Epoche geplant haben. Und nun ordnen sie sogar an, daß niemand über die Ereignisse dieser Zeit sprechen und sie analysieren darf! Warum soll eine kleine Handvoll Menschen die ganze Welt in Brand stecken dürfen, einzig zu dem Zweck, sich die eigenen Taschen zu füllen? Warum!?

Wir sind gegen diese Art, die Welt zu lenken und wir sprechen dies auch deutlich aus. Ich erkläre hier ganz offen, daß ich die politischen Methoden der USA und von Großbritannien ablehne, mit denen sie die Welt regieren. Und im Übrigen, ich selbst trete für Frieden und Ruhe ein, ich bin ein sehr friedliebender Mensch.

Wie kommt es eigentlich, daß jedesmal, wenn euch jemand kritisiert oder eure Verfehlungen aufdeckt, ihr ihn sofort durch die von euch finanzierten Medien angreifen läßt und ihn als Verbrecher darstellt? Falsch! Ahmadineschad ist ein einfacher Lehrer und friedfertiger Mensch... So Gott will, werde ich nie einem Lebewesen oder einem unbelebten Gegenstand Schaden zufügen. In meinem ganzen Leben habe ich noch keiner Ameise etwas zu Leide getan.“

Spitalsmisere

Immer wieder gerät das Badener Spital in negative Schlagzeilen. Derzeit läuft eine heftige Kontroverse um die Tageskosten der Patientenverpflegung. Scharfe Kritik kann man dabei aus der Stadtopposition vernehmen. Laut einem Bericht des Rechnungshofes ist der Tagesverpflegsatz mit 4,28 Euro pro Patienten der höchste aller niederösterreichischen Spitäler. Laut Spitalsleitung kommt dieser hohe Tagessatz dadurch zustande, daß das Krankenhaus seit 2001 einen Anteil von 25 % Bio-Lebensmittel verwenden muß (Landtagsbeschuß!). Vorgeworfen wurde dem Management, daß sich die hohen Kosten zum Großteil aus einer vermehrten Verwendung von Fertig- und Halbfertigprodukten ergeben.

Das Krankenhaus Mödling kommt mit einem wesentlich geringeren Tagesverpflegsatz von 3 Euro durch. Soviel schlechter wird ja die Verpflegung in Mödling nicht sein? Sollte es aber in Baden vielleicht an irgendwelchen Preisabsprachen und Geldverschiebereien liegen?

Die Kosten unseres Sozialwesens sind immer ein Dauerbrenner. Gerade deshalb sollten in öffentlichen Einrichtungen die Steuermittel nur unter größter Sorgfalt eingesetzt werden.

GB

Ein Wort zum Klimawandel

Alle Welt spricht vom Klima. Von einer Klimakatastrophe, vom Klimawandel usw. Regierungen sprechen davon, daß die Menschheit bedroht ist und sich ihren Untergang selbst bereitet. Der CO₂-Ausstoß, verursacht durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe, ist schuld am Klimawandel! So wird es uns jedenfalls ununterbrochen eingehämmert.

Infolge dieses Wandels werden wir nur mehr mit Unwettern zu kämpfen haben: Das ist natürlich unsinnige Schwarzmalerei! Tatsache ist, daß der Klimawandel eine langsame, evolutionäre Angelegenheit ist. Der Klimawandel ist eine Folge von ähnlichen Ereignissen, die sich über Jahrhunderte hinziehen. Ob sich

!! Veranstaltungen !!

Videoabend über

Kampf um Berlin 1945

> Donnerstag, 10. Mai 2007, 19.45 Uhr <

Helmut Müller spricht über

National = Revolutionär

> Donnerstag, 24. Mai 2007, 19.45 Uhr <

Weitere Veranstaltung am 14. Juni 2007

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift**

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im Heim

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72

(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)

Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)

- Geschlossene Veranstaltungen! -

Dieser **Wiener Beobachter** gilt als Einladung

Wir danken für jede Spende!

unser Klima nun abkühlt, oder ob es wärmer wird, wir haben keinen oder kaum Einfluß darauf. Es ist auch zu bedenken, daß das Klima noch nie gleich bleibend ruhig war. Schon seit zig-Millionen Jahren wandelt sich das Klima des „Raumschiffs Erde“ ununterbrochen.

Worauf die Menschheit sehr wohl Einfluß durch CO₂-Ausstoß, Abholzung der Wälder u.s.w. hat, ist das Wetter mit seinen Kapriolen. Man muß also unterscheiden zwischen Klimaveränderung und dem Wetter und seinen Kapriolen.

GB

Berlins Schöne Bereicherung

Unter „*Schöne Bereicherung*“ klagt Michael Vaupel in „*Trader 's Daily*“ vom 22. März 2007:

„Mal eine kleine Statistik, die meine Sympathie, die die Libanesen letztes Jahr erworben hatten, spürbar verringert. Stichwort Berlin. Da leben ca. 34.000 Libanesen und damit rund **1%** der dortigen Bevölkerung.

Diese Gruppe stellt allerdings **44 % der Intensivtäter!** 44 % Opfer sind Deutsche wie Türken und Araber gleichermaßen. Alle diese Opfer müssten also eigentlich ein Interesse an einer Verbesserung dieser Situation haben.

Diese besagten 34.000 Libanesen leben übrigens fast ausschließlich von staatlichen Transfers, hier finanziert der Staat also zugezogene Verbrecher. Deshalb leben sie auch in Großfamilien, denn jedes Kind mehr bedeutet höhere Zahlungen vom Staat (laut Frankfurter Allgemeine Zeitung durchschnittlich 7 Kinder je Familie).

Problematisch sind bekanntermaßen die jungen Männer. Aber offensichtlich tritt da niemand dieser bedrohlichen Entwicklung entgegen (mit Maßnahmen wie: **Keine Sozialleistungen für arbeitsfähige Männer, Abschiebungen nach mehrfachen Straftaten**). Und dieses Problem wird sich aufgrund der hohen Geburtenzahlen natürlich vergrößern.

So, und bevor mir jetzt vorgeworfen wird, ich hätte pauschal was gegen Libanesen: Nein! Ich habe was gegen Kriminelle, die auch noch mit Steuergeldern finanziert werden. Ich hätte gegen diese kriminelle Gruppe auch etwas, wenn es Südosseten, Mecklenburger oder Kaschuben wären.“

CIA mietet Terroristengruppe für Operationen innerhalb Irans

Die Central Intelligence Agency (CIA) hat eine pakistanische Terroristengruppe angeheuert, die eine Reihe tödlicher Terroristenangriffe innerhalb des Irans durchgeführt hat; ABC-News berichtete am 4. April 2007 darüber: Die Gruppe aus Mitgliedern des Baluchi-Stammes operiert von der pakistanischen Provinz Baluchestan aus, unmittelbar an der Grenze zum Iran. ABC zitierte anonyme US Regierungsquellen, die besagen, daß die USA seit 2005 enge Verbindungen zu ihrem Führer, Abdel-Malik, unterhalte.

Die Gruppe, Jundullah genannt, hat Mordanschläge durchgeführt, und dabei sowohl iranische Zivilisten als auch Soldaten und Beamte entführt und getötet. Die große iranische Gemeinschaft in den USA protestierte vor kurzem lautstark nach einem direkt übertragenen Interview mit ihrem Sprecher Regi in der „Stimme von Amerika“ (VOA), in welchem der Terrorist die Verantwortung für die Terroraktionen übernahm. Regi gab zu, einige der iranischen Gefangenen persönlich exekutiert zu haben, wie der ABC Nachrichtenreport mitteilte.

Alexis Debat, ein erfahrener Spezialist für Terrorismusabwehr am Nixon Center und Berater bei ABC Nachrichten, erklärte dem Sender, daß Regi tatsächlich an der Seite der Taliban kämpfte, und fügte hinzu, „er ist teils Drogenschmuggler, teils Taliban, teils sunnitischer Aktivist“. „Er befiehlt im wesentlichen eine Truppe von mehreren hundert Bandenkämpfern, die in iranisches Gebiet eindringen und iranische Militär- und Geheimdienstoffiziere angreifen, diese entführen und vor laufender Kamera ermorden.“

Die Gruppe bekannte sich zu dem Anschlag auf einen Bus in der iranischen Stadt Zahedan im Februar, bei dem mindestens 11 Angehörige der iranischen Revolutionsgarde ermordet wurden. Das iranische Fernsehen strahlte letzten Monat die Geständnisse der Verantwortlichen für den Busanschlag aus. Sie gaben zu, Mitglieder von Jundullah zu sein und sagten, daß sie für die Mission an einem geheimen Ort in Pakistan ausgebildet worden waren.

Die einzige Beziehung zu dieser Gruppe, zu der sich der US Geheimdienst bekennt, ist die Zusammenarbeit mit dem Ziel, Al-Qaeda in diesem Teil von Pakistan aufzuspüren. ABC zitierte allerdings pakistanische Regierungsquellen, die besagen, daß die geheime Kampagne gegen den Iran beim Treffen im Februar zwischen dem Vizepräsident Dick Cheney und dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf vereinbart wurde.

Nach dem Bericht befragt, antwortete Cheneys Sprecherin Megan McGinn: „Wir äußern uns nicht zum Inhalt von Gesprächen zwischen dem Vizepräsidenten und ausländischen Regierungen“.

Aus dem hohen Haus

Die ÖVP-Abgeordnete und Mitglied des Eurofighter Ausschusses Maria Fekter nannte im Parlament den Verfassungsjuristen Mayer den „**Haus-und Hofschreiber**“ der Grünen. Das ist doch der selbige, der ein „unabhängiges Gutachten“ für die Welser ANTIFA fabrizierte, in welchem er aus drei Artikeln aus unterschiedlichen Zeiten und von zum Teil verstorbenen Verfassern eine Staatsgefahr durch die AFP konstruierte.

Wiener Beobachter, Folge 215 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: PSK 92.125.120; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien